Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2009 · 48: 580
DOI 10.1007/s00120-009-1995-3
© Springer Medizin Verlag 2009

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

An dieser Stelle sei zum wiederholten Male auf das „**Urologenportal**“ (www.urologie.de) hingewiesen, in dem die aktuellsten Meldungen von BDU und DGU veröffentlicht werden. Keim Medium ist derart schnell wie das Internet und Jede(r) kann sich hier schnell und einfach über viele Belange unseres Fachgebietes „Urologie“ informieren.

Nach Abschluss des ersten Quartals gilt es jetzt, die konkreten **Auswirkungen der Honorarreform** zu analysieren. BDU-Präsident Bloch hat die Vorstände aller KVen angeschrieben um Auskunft über die Entwicklung der Honorare unseres Fachbereiches zu erhalten (s. a. „BDU-Info-Mail“).

19 Millionen Euro **Honorarzuwachs** für belegärztliche Leistungen und rund 9,9 Millionen Euro für Leistungen des ambulanten Operieren – als wichtigen Erfolg wertet die KBV den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 17. März. Doch die Kassen haben dagegen jetzt Klage beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg eingereicht und bitten das Bundesgesundheitsministerium (BMG) um Unterstützung.

Ergänzend zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) braucht es auch künftig eine starke **Private Krankenversicherung (PKV)**. Das haben Bundesärztekammer und PVS-Verband während eines gemeinsamen or-

ganisierten Workshops zur Zukunft der PKV in Berlin gefordert.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) rechnet durch die tiefe Rezession in Deutschland mit erheblichen **Mindereinnahmen des Gesundheitsfonds**. Der von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten prognostizierte stärkere Einbruch bei Beschäftigung und Löhnen beeinflusse natürlich die Beiträge der Arbeitnehmer, die in den Gesundheitsfonds fließen, sagte die Ministerin. Bei Eintreten der Prognosen würden über drei Milliarden Euro weniger Beiträge fließen.

Patienten aus Europa sollen sich nach dem Willen des Europaparlaments in jedem EU-Staat auf Kosten ihrer heimischen Krankenkasse behandeln lassen können. Die Volksvertretung stimmte aktuell in Straßburg einer entsprechenden EU-Richtlinie zu. Damit sollen alle europäischen Krankenkassen künftig medizinische Dienstleistungen vom Hörgerät bis hin zu Operationen erstatten.

Aus Sicht von Gesundheitsministerin Christine Clauß (CDU) hat sich die **Versorgungslage in den ostdeutschen Krankenhäusern** in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Diese müssten keinen Vergleich mit den alten Bundesländern scheuen, sagte Clauß bei der Eröffnung der Frühjahrstagung der Krankenhausdirektoren Mitteldeutschlands

in Chemnitz. Seit 1991 seien 20 Milliarden Euro staatliche Fördermittel in die Modernisierung der ostdeutschen Krankenhäuser geflossen.

Die **Kritik an der elektronischen Gesundheitskarte** hat eine breite Allianz zusammengeschmiedet – jetzt auch über Parlamentsflügel hinweg: FDP und Linksfraction stimmen auf einer Konferenz des Bündnisses „Stoppt die eCard“ in Berlin darin überein, dass die Fortsetzung des Projekts verschoben werden müsse, solange Freiwilligkeit der Nutzung und Sicherheit nicht garantiert seien.

Der **drohende Ärztemangel** ist nach Ansicht des Präsidenten der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theodor Windhorst, nicht nur mit mehr Geld zu stoppen. Die derzeitige Vergütung von Krankenhausärzten und

Niedergelassenen sei ohne Zweifel nicht ausreichend und das gesamte Gesundheitswesen werde von einem chronischen Finanzmangel beherrscht. Doch die alleinige Forderung, die finanziellen Mittel für die Gesundheitsversorgung aufzustocken und die Ärzteschaft besser zu honorieren, genüge nicht, um dem zukünftigen Mangel an Ärzten entgegenzuwirken.

Die Ärzteschaft müsse sich jetzt deutlich in die **politische Diskussion einmischen**, fordert Dr. Klaus Reinhardt vom Hartmannbund Westfalen-Lippe. In der aktuellen Verbandszeitschrift schreibt er: „Die in den vergangenen neun Jahren gefällten gesundheitspolitischen Entscheidungen sind nicht mehr das Ergebnis eines strukturierten Abstimmungsprozesses mit den Vertretungen der Gesundheitsberufe, sondern werden unabhängig vom Urteil der Experten gefällt.“

IN EIGENER SACHE

„URO – Telegramm“ und „BDU – Info-Mail“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren finden Sie an dieser Stelle im „Urologen“, unserer Verbandszeitschrift, das URO-Telegramm mit interessanten Neuigkeiten/Meldungen aus der Urologie speziell, aber auch aus der Medizin allgemein. Seit einiger Zeit erhalten Sie per eMail darüber hinaus die „BDU-Info-Mail“, die Ihnen unter anderem auch Einblicke in die Tätigkeit Ihrer MandatsträgerInnen geben soll.

Im Bestreben, Sie künftig noch besser, schneller und ausführlicher über Angelegenheiten unseres Berufsalltags, sei es in der Praxis oder in der Klinik zu informieren und Überschneidungen in den Meldungen zu vermeiden, wollen wir ab nächster Zeit versuchen, diese beiden Info-Quellen, URO-Telegramm und BDU-Info-Mail zu verzahnen und auch die Info-Mail über den elektronischen Versand hinaus hier im „Urologen“ zu publizieren.

Dabei werden Sie, wie gewohnt, im „Telegramm“ aktuelle Meldungen sehr kurz und prägnant finden, die in größerer Ausführlichkeit im Internet (z.B. unter www.facharzt.de oder anderen gesundheitspolitischen Quellen) nachgelesen werden können. Die „Info-Mail“ wird Meldungen mit größerem Textumfang enthalten (auf die wiederum gel. auch im URO-Telegramm hingewiesen wird) und insbesondere auch Berichte aus dem BDU-Präsidium und den Landesverbänden enthalten.

Bitte teilen Sie uns Ihre Eindrücke, konstruktive Kritik und Verbesserungsvorschläge mit, damit wir Sie alle fundiert, aktuell und Ihren Vorstellungen entsprechend informieren können.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hartmut Jonitz, Darmstadt